



Wenn der Klimawandel eines zeigt, dann, dass seine Folgen nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich enorm sind. In Frankreich lag die Schadenssumme durch klimabedingte Naturkatastrophen im Jahr 2023 bei **6,5 Milliarden Euro** – eine Zahl, die einem schon mal den Atem stocken lässt. Aber wie kommt diese Summe zustande? Und was bedeutet das für die Zukunft?

Stürme, Trockenheit, Überschwemmungen – ein teures Jahr 2023

Die größten Schäden in Frankreich im Jahr 2023 verursachten **Stürme**. Besonders Ciaran und Domingos fegten mit Windgeschwindigkeiten über 200 km/h durchs Land und richteten massive Verwüstungen an. Allein diese beiden Stürme kosteten die Versicherungen **1,6 Milliarden Euro**.

Doch nicht nur Sturmwinde machten sich in der Bilanz bemerkbar. **Trockenheit** führte dazu, dass viele Häuser auf lehmhaltigem Boden Risse bekamen – ein typisches Phänomen in heißen, trockenen Jahren. Der Schaden durch diese **Bodensetzungen: 900 Millionen Euro**.

Dann kam der Regen – und zwar in ungeahnten Mengen. Besonders der **Pas-de-Calais** wurde von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Die Kosten? **462 Millionen Euro**. Und das ist nur ein Beispiel für eine Entwicklung, die immer öfter auftritt.

Die Rechnung für die Zukunft: 24 Milliarden Euro bis 2050

Eine wichtige Frage: Wird es besser oder schlimmer? Die Antwort dürfte niemanden überraschen. Versicherungen rechnen damit, dass sich die klimabedingten Zusatzkosten bis **2050 auf 24 Milliarden Euro pro Jahr** erhöhen.

Warum? Weil extreme Wetterereignisse zunehmen – nicht nur in Häufigkeit, sondern auch in Intensität. Stärkere Stürme, heftigere Dürren, extremere Regenfälle. Das bedeutet mehr Schäden an Häusern, Infrastruktur und Landwirtschaft.



Wer zahlt die Zeche?

Bisher übernehmen meist **Versicherungen** einen großen Teil der Kosten. Doch das System kommt an seine Grenzen. Wenn Naturkatastrophen immer häufiger und teurer werden, steigen die Versicherungsprämien – oder einige Risiken werden gar nicht mehr versichert. Schon heute gibt es Regionen, in denen es schwer ist, sich gegen Überschwemmungen oder Bodensetzungen abzusichern.

Und dann? Dann bleibt die Rechnung beim Staat – also bei den Steuerzahlern. Ein Beispiel: Nach den schweren Überschwemmungen im Pas-de-Calais musste der Staat einspringen, um Betroffenen finanziell zu helfen. Ähnliche Situationen gibt es auch in anderen europäischen Ländern, wo Regierungen immer öfter als „Versicherer letzter Instanz“ auftreten müssen.

Was tun? Anpassung oder Prävention?

Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage: Setzen wir auf **Anpassung** oder **Prävention**? Klar ist: Nur Katastrophen aufzuräumen wird teuer – und ist oft nur eine kurzfristige Lösung. Viel sinnvoller wäre es, **in widerstandsfähige Gebäude, Schutzmaßnahmen und nachhaltige Stadtplanung** zu investieren.

- Häuser könnten besser gegen Sturm und Wasser geschützt werden.
- Städte könnten mehr Grünflächen und durchlässige Böden haben, um Starkregen besser aufzunehmen.
- In trockenen Regionen könnten bessere Wassermanagement-Systeme helfen, Bodensetzungen zu verhindern.

All das kostet Geld – aber es ist eine Investition in die Zukunft. Die Alternative? Jedes Jahr eine Milliardenrechnung für zerstörte Häuser, Straßen und Existenzen.



Fazit? Es gibt keine andere Wahl.

6,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 sind eine Warnung. 24 Milliarden Euro im Jahr 2050 eine drohende Realität. Die Klimakrise ist nicht billig – und sie wird teurer, wenn wir nicht rechtzeitig handeln. Also, was machen wir? Warten, bis die Rechnung untragbar wird? Oder jetzt investieren, um die schlimmsten Folgen zu vermeiden?

Die Antwort sollte eigentlich klar sein.

MAB